

Zu den Präsidentenwahlen

Gegenreformation in Russland

In Russland ist das Volk seit Jahrhunderten nur Zaungast. Früher hatten die Bürger keine Wahl. Heute hätten sie sie, würden sie die neuen Rechte auch wahrnehmen. Sie tun es aber nicht.

Klaus-Helge Donath

Damals wie heute sind die russischen Bürger überzeugt, am politischen Geschehen nichts ausrichten zu können. Der Staat erscheint als ein Störfaktor, der das Leben erschwert, statt es zu erleichtern. Er sei ein Hort der Willkür, meinen über 90 Prozent der Bevölkerung. Mehr als die Hälfte der Russen misstraut grundsätzlich jedem staatlichen Akteur. Damit ist kein Staat zu machen.

Dem steht eine fantastische Beliebtheitsrate des Präsidenten gegenüber. Nach vier Jahren Amtszeit erfreut sich der Kremlchef noch immer eines Zuspruchs von über siebzig Prozent. Gleichwohl ist es Präsident Wladimir Putin, der diese ineffizienten und korrupten Staatsapparate schützt und in ihrem Unfehlbarkeitsdogma bestärkt: Rechtsbruch im Namen des Staates ist kein Rechtsbruch. Denn der Staat ist das Recht, dessen Interessen grundsätzlich Vorrang vor denen des Einzelnen haben. Darauf beruht Russlands Staatlichkeit seit Jahrhunderten. Die Menschen werden als Untertanen betrachtet und nicht als mündige Bürger.

Putin hat in Russland die Gegenreformation eingeläutet. Nach den Parlamentswahlen im Dezember büßte die Duma endgültig jede Eigenständigkeit ein und erfüllt nunmehr die Rolle eines Akklamationsorgans: Zwei Drittel der Mandate stellt die Attrappenpartei des Kreml Jedinnaia Rossiija, die damit die Verfassung ändern kann. Auch seriöse Beobachter behaupten, die Wahlen seien so gefälscht worden, dass die liberalen Parteien nicht ins Parlament kamen. Das Oberhaus des Parlaments, die Länderkammer, war schon zu Amtsbeginn Putins neutralisiert und in einen gefügigen Honoratiorenclub verwandelt worden. Der russische Föderalismus steht nur noch auf dem Papier. Die elektronischen Medien fie-

len im zweiten Amtsjahr der Gleichschaltung zum Opfer. Das Reformwerk der neunziger Jahre wurde erfolgreich abgetragen. Der Kreml hat dafür einen eigenen Begriff: gelenkte Demokratie.

Putins Gefolgschaft aus ehemaligen Petersburger Kumpeln hat Russland aber keine zukunftssträchtige Perspektive anzubieten, bestenfalls die Vision einer "lichten Vergangenheit". Was nicht ins Bild passt, wird wegetuschelt, ob im Fernsehen oder im Geschichtsbuch. Dafür sorgen Tausende von Lakaiken, Geheimdienstlern und Militärs, die in Staat und Wirtschaft Schlüsselpositionen besetzen. Natürlich wird das neoautoritäre Regime nicht in der Lage sein, die Totalität Stalinschen Terrors wiederherzustellen. Dazu ist dieses System zu schwach und sind die Russen nicht mehr ganz so gefügig wie die Generation der auf dem Lande lebenden Urgroßeltern. Vor allem fehlt es an einem - der damaligen Industrialisierung - vergleichbaren Modernisierungsvorhaben. Bio-Tech von Sklavenhand? Nicht denkbar.

Das Russland Putins ist ein Imitat. Parlament, Gewaltenteilung, Rechtsstaat und Meinungsfreiheit existieren nur als Inszenierungen des Kreml, der - Opfer der eigenen Propaganda - nichts mehr dem Zufall überlassen kann. Schon gar nicht die Wahlen des Präsidenten am 14. März. Der Sieger stand mit Wladimir Putin fest. Die Kluft zwischen Staat und Gesellschaft wird unterdessen immer breiter. Daran ändert auch Illusionskünstler Wladimir Putin nichts.

Rechtsbruch im Namen des Staates ist kein Rechtsbruch. Denn der Staat ist das Recht, dessen Interessen grundsätzlich Vorrang vor denen des Einzelnen haben. Darauf beruht Russlands Staatlichkeit seit Jahrhunderten.

Der Autor ist Russland-Korrespondent für mehrere Zeitungen und lebt in Moskau. Sein Artikel erschien zuerst in Publik-Forum 2004/4.
